

1968 – Ein Jahr des Aufbruchs und der Zäsur

Adelbert Reif im Gespräch mit dem Historiker Professor Dr. Norbert Frei

Die Chiffre „68“ steht für ein Jahrzehnt der Rebellion. Was 1964 in Amerika mit dem Aufbruch der Civil Rights Movement begann, entwickelte sich bald zu einer weltweiten Revolte der Jugend und Studenten gegen die herrschende Politik, autoritäre Strukturen, militärische Aufrüstung und den Krieg der USA in Vietnam. Zentrale Schauplätze der Revolte in Europa waren Paris, Berlin, Frankfurt am Main, Mailand, Turin und Rom, Amsterdam und außerhalb Europas Mexiko-Stadt, Rio de Janeiro und Tokio. Hannah Arendt urteilte damals: „Mir scheint, die Kinder des nächsten Jahrhunderts werden das Jahr 1968 mal so lernen wie wir das Jahr 1848.“ Was war, was blieb? In seinem soeben erschienenen Buch „1968. Jugendrevolte und globaler Protest“ (Deutscher Taschenbuch Verlag, München 2008) spürt der Jenaer Historiker Norbert Frei dem Phänomen „1968“ nach – ein Jahr, an dem sich bis heute die Geister scheiden.

Herr Professor Frei, der Zahl „40“ scheint in der historischen Erinnerungskultur eine spezifische Magie inne zu wohnen: 2007 stand das Thema „Deutscher Herbst 1967“ auf der Agenda, in diesem Jahr lautet es „Jugendrevolte und globaler Protest 1968“. Wie ist es zu erklären, dass diesen historischen Ereignissen ausgerechnet jeweils nach 40 Jahren eine dergestalt große Aufmerksamkeit gewidmet wird?

Frei: Die Protestgeneration der 60er-Jahre hat es schon seit 20, eigentlich sogar seit 25 Jahren gut verstanden, praktisch noch jedes halbwegs „runde“ Jubiläum zu feiern. Seit Anfang der 80er-Jahre ist darüber auch das Wort von den „68ern“ in Gebrauch gekommen, das es ursprünglich ja gar nicht gab. Warum nun gerade das 40. Dienstjubiläum der Revolte eine solche Bedeutung gewinnt, ist schwer zu sagen. Vielleicht hat Richard von Weizsäcker Recht, der 1985 im Zusammenhang mit seiner berühmten Rede zum Jahrestag des Kriegsendes darauf hinwies, dass schon in der Bibel ein Abstand von 40 Jahren als etwas Besonderes wahrgenommen wird. Außerdem wird bei vielen 68ern, die jetzt ins Rentenalter eintreten, wohl auch das Bedürfnis nach Bilanzierung des eigenen Lebens stärker. Aber angesichts der Tatsache, dass die 68er-Bewegung eine ausgesprochen junge war, hätte das auch noch zehn Jahre Zeit gehabt.

Könnte es sein, dass sich in dem wiedererwachten Interesse an der Protestbewegung von 1968 unterschwellig ein gewisses „Unbehagen“ an den gegenwärtig zumindest in Deutschland herrschenden politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen artikuliert?

Frei: Das wäre dann der gleiche Grund wie seinerzeit für die Revolte selbst: die strukturelle Nichtopposition im Deutschen Bundestag, die eine außerparlamentarische Opposition erfordert. Der Gedanke hat etwas Reizvolles, ist aber wohl doch nur ein Grund in der zweiten oder sogar erst dritten Reihe. Es fällt auf, dass sich mit dem Gedenken in diesem Jahr weniger politische Implikationen für die Gegenwart oder gar für die Zukunft verbinden, als vielmehr der rückwärts gewandte Deutungsstreit die Diskussion darüber bestimmt, was 1968 eigentlich gewesen sei. Während die Flakhelfergeneration im Unterschied zu damals, als sie mit am härtesten im Konflikt mit den 68ern stand, das Ganze heute ziemlich entspannt sieht, sind die 68er dabei, untereinander eine Kontroverse zu inszenieren. Doch die enthält – und das könnte man ihnen zum Vorwurf machen angesichts ihrer früheren Vorstellungen, derzufolge „alles politisch“ sei – wenig auf die Gegenwart oder Zukunft gerichtetes Potenzial. Womit wir es zu tun haben, das ist eher eine rückwärts gewandte Selbstbespiegelung, verbunden mit einer kräftigen Portion Sündenstolz – bei manchen auch mit großem Selbsthass.

Wenn Sie die politische und gesellschaftliche Ausgangslage der Protestbewegung 1968 in den Blick nehmen und unter historisch-wissenschaftlichen Kriterien analysieren: Von woher bezog sie ihre wesentlichen Impulse?

Frei: Gerade wenn man 1968 in Deutschland international vergleichend betrachtet, gibt es bei aller Simultanität von Ereignissen und Anlässen einen sehr spezifisch deutschen Grund: das, was man damals die „unbewältigte Vergangenheit“ nannte. Dazu gehören die enormen Probleme und Skandale der Elitenkontinuität vom „Dritten Reich“ in die Bundesrepublik. In den ersten Jahren nach Kriegsende kam es unter der Besatzungsherrschaft ja durchaus zu politischen Säuberungen in Deutschland. Doch spätestens 1949 begann der Rückstrom der alten Eliten, namentlich der Funktionseliten. Ich denke dabei gar nicht so sehr an die Politik, sondern vor allem an die Wirtschaft, die Verwaltung, die Justiz, das Militär und nicht zuletzt die Wissenschaft. Dies wurde dann seit den späten 50er- und frühen 60er-Jahren zu Recht skandalisiert.

Angesichts der vielen ehemaligen Nazis unter den Funktionsträgern in Wirtschaft und Gesellschaft musste der jungen Generation die Bundesrepublik Mitte der 60er-Jahre unheimlich erscheinen. Das war es auch, was dem Ganzen die Härte und Schärfe verlieh und in der wechselseitigen Polemik immer zu greifen war. Wenn man etwa an die Auseinandersetzung um die Notstandsgesetzgebung denkt: Auch dort ging es um die Frage, ob man sich in einer präfaschistischen oder in einer postfaschistischen Situation befinde. Generell hatte das damals für viele wache Beobachter – übrigens gerade auch für Angehörige der Flakhelfergeneration – ein hohes Erregungspotenzial. Richtig ist allerdings auch, dass die Protestbewegung auf dem Höhepunkt der Revolte das Thema hinter sich ließ und universalisierte, indem sie es auf eine Anleihe bei der alten Dimitroff-Formel reduzierte, wonach der Faschismus notwendige Folge des Kapitalismus sei und insofern dieser bekämpft werden müsse – und nicht der Faschismus. Das war der Moment, in dem das Interesse am realen Nationalsozialismus wegkippte.

Und der Vietnamkrieg?

Frei: Der Vietnamkrieg war ein wichtiger internationaler Faktor. Er trat ab 1965/66 als Motivationsgrund hinzu. Dagegen war die NS-Vergangenheit schon seit 1963/64 in den Vorlesungsreihen an den Universitäten präsent, etwa mit Themen wie „Die deutsche Universität im Nationalsozialismus“.

*Wie schätzen Sie darüber hinaus die ideologischen Faktoren ein?
Hatten sie maßgeblichen Einfluss auf die Aktivitäten der Protestbewegung von 1968?*

Frei: Da gilt es zu unterscheiden zwischen den Kerngruppen der politischen Revolte und denen, die nach dem Tod des Studenten Benno Ohnesorg vor der Deutschen Oper in Berlin bei den Anti-Schah-Demonstrationen im Juni 1967 mobilisiert wurden. Es waren nur relativ wenige Personen – der Sozialistische Deutsche Studentenbund hatte kaum 2000 Mitglieder –, die seit den frühen 60er Jahren an so etwas wie einer theoretischen Begründung der Neuen Linken interessiert waren. Sie waren auch nur an wenigen Plätzen konzentriert: Frankfurt war vielleicht der wichtigste Ort, gefolgt von West-Berlin. Immerhin stellten diese kleinen Gruppen ihre Überlegungen in einem internationalen Zusammenhang an. Schon 1962 war ein Vertreter des deutschen SDS am Lake Michigan dabei, als das „Port Huron Statement“ der amerikanischen Students for a Democratic Society entworfen wurde, dieser sehr poetisch-pathetische Selbstverständigungstext einer neuen Generation der amerikanischen Linken. Das ist ein interessantes kleines

Indiz für die Internationalität dieses Nachdenkens über eine Neue Linke nach dem Kollaps der alten Linken. Darüber hinaus gab es aber auch enge Kontakte zu französischen und italienischen Linken, ebenso zur New Left in Großbritannien. Der internationale Austausch war in diesen ambitionierten Zirkeln eine Selbstverständlichkeit.

Inwieweit deckten sich die Ziele der amerikanischen Protestbewegung mit denen der 68er in Deutschland?

Frei: Da ist ein interessanter Unterschied zu dem doch sehr praktischen und zielbewussten Agieren der Amerikaner auszumachen, von denen manche bereits in der Civil Rights Movement ihre ersten politischen Erfahrungen gemacht hatten. Die Kerngruppe der 68er in Deutschland war stärker theoretisch interessiert. Doch hier wie dort lautete das zentrale Stichwort: antiautoritäre Gesellschaft. Es ging um die Kritik und Beseitigung überständiger, funktional nicht legitimierter Autoritäten. Die großen Symbolwörter Partizipation, Transparenz und Emanzipation waren für die gesamte Protestbewegung, ob in Amerika oder in Europa, bestimmend.

Im Rückblick werden der 68er-Bewegung gerne sozialutopische Inhalte und Zielsetzungen unterstellt. Aber waren die zentralen Anliegen nicht doch sehr utopiefeln und auf unabdingbar veränderungsnotwendige Realitäten gerichtet?

Frei: Man muss unterscheiden zwischen der Entwicklung hin zu '68 mit ihren politisch-theoretischen Vorstellungen und der breiten Mobilisierung 1967/68. In deren Verlauf ließen sich viele auch mit weniger elaborierten Begründungen einfach vom Schwung der Ereignisse und vom moralischen Pathos, das damit einherging, mitreißen. Dieses Eintreten für eine bessere Welt war es, worauf sich seinerzeit viele junge Leute einigen konnten, womit sie sich identifizierten. Die kleinen Zirkel der theoretisch und revolutionär Ambitioniertesten, die später sehr unterschiedliche, vielfach in Gewalt und Dogmatismus gehende Wege nahmen, muss man davon unterscheiden.

Es kann keine Bewegung von der Intensität, wie sie 1967/68 existierte, auf Dauer gestellt werden. Das war der Punkt, an dem die große Mehrheit wieder absprang: Als es darum ging, Kaderpolitik zu betreiben oder sich in theoretischen Verästelungen mit Marx und anderen sozialistischen Theoretikern zu beschäftigen. Die hohen Auflagen, die viele der damals hergestellten Raubdrucke von sogenannten Klassikern des Sozialismus

erzielten, besagen wenig hinsichtlich des realen Lektüreverhaltens. Für die große Mehrheit derer, die auf den Straßen waren, hatten diese Schriften häufig nur den Status von Identifikationsobjekten. Hingegen nahmen kleinere Gruppen die theoretische Auseinandersetzung sehr ernst, bitter-ernst: mit all den Folgen der K-Gruppenbildung und des Terrorismus, wie wir ihn dann in den 70er-Jahren erlebten.

Erinnert man sich an Namen wie Herbert Marcuse, Theodor Adorno, Max Horkheimer oder Ernst Bloch, dann konnte die Protestbewegung doch auf ein enormes intellektuelles Potenzial zurückgreifen. Wie stark war deren Einfluss?

Frei: Auf die führenden, also die theoretisch und politisch-philosophisch interessierten Köpfe der Bewegung hatten einige der von Ihnen Genannten erheblichen Einfluss. Wenn man etwa daran denkt, wie intensiv Bloch und Dutschke zueinander fanden und wenn man daran denkt, dass natürlich sehr viele in Frankfurt am Main bei den Mitgliedern des aus der Emigration zurückgekehrten Instituts für Sozialforschung studierten, dann ist dies evident. Zeitlich lag dies allerdings noch vor der eigentlichen Revolte. Spätestens ab 1968 standen Persönlichkeiten wie Horkheimer und vor allem Adorno dem studentischen Treiben in erster Linie ratlos und befremdet gegenüber. Ich denke etwa an das berühmt-berüchtigte „Busen-Attentat“ und andere Ungezogenheiten. Zum Ausdruck kam darin eine zunehmende Aggressivität darüber, dass sich Horkheimer und Adorno stets als politische Theoretiker und Philosophen begriffen, nicht als politische Praktiker – und dass sie schon gar nicht der Meinung waren, man befinde sich in irgendeiner Weise in einer prärevolutionären oder gar revolutionären Situation.

Waren die theoretischen Bezüge der 68er-Bewegung philosophischer oder doch eher ideologischer Natur?

Frei: Das ist keine leicht zu beantwortende Frage. Am Anfang stand ein ausgeprägt politisch-theoretisches Interesse. Die Neue Linke suchte nach neuen wissenschaftlichen Grundlagen für ihre politische Arbeit, um auf diesem Weg strukturell in irgendeiner Form langfristig mehrheitsfähig werden zu können – gerade auch angesichts der aus ihrer Sicht sich vollziehenden Abdankung der Sozialdemokratie durch das Godesberger Programm und der Abkehr vom Marxismus. Doch aus diesem anfänglichen politisch-philosophischen Interesse entstand, nicht zuletzt wegen der Unzufriedenheit über die ausbleibende Unterstützung ihrer Mentoren, eine

zunehmende Ideologisierung. Und man fühlte sich unter Zugzwang angesichts des Erfolgs, den die Bewegung bereits erzielt hatte. Dies verlangte nach praktischen Rezepten, die aus der Theorie allein nicht mehr entwickelt werden konnten und sich in einem gewissen Automatismus radikalisierten. Das lässt sich an einer Gestalt wie Rudi Dutschke deutlich nachvollziehen.

Und welche Rolle spielten Psychoanalytiker wie Alexander Mitscherlich oder Erich Fromm und überhaupt psychoanalytische Theorien in der 68er-Bewegung? Ich erinnere mich, dass damals die Schriften von Alfred Adler, Wilhelm Reich, Siegfried Bernheim und vieler anderer auf außerordentlich große Resonanz stießen...

Frei: Das hängt auch mit einer bestimmten Art der Selbstdiagnose zusammen. Man schaute auf die eigene Kindheit in den 50er-Jahren und wusste, was das für eine Gesellschaft war, woher die Eltern kamen und wann sie politisch aktiv gewesen waren. Insofern ist dieses dezidierte psychologische und psychoanalytische Interesse, das bei vielen in der Bewegung zu beobachten war, auch im Sinne eines Wunsches nach Selbstbefreiung zu verstehen. Allerdings blieb dieser Psycho-Boom nicht auf die deutschen 68er beschränkt. Das war ein internationaler Trend der Revolte und zeigte sich auch in Frankreich oder Italien.

Götz Aly rechnet das Wirken der 68er-Bewegung den „Pathologien des 20. Jahrhunderts“ zu. Aber auch der Schriftsteller Peter Schneider, selbst ein „68er“, gab seinen eben erschienenen Erinnerungen den Titel „Rebellion und Wahn“. Halten Sie solche Zuschreibungen für gerechtfertigt?

Frei: Selbst wohlmeinende Beobachter wie Adorno sprachen schon damals von dem „Quentchen Wahn“, das der Revolte innewohne. Ab einem bestimmten Zeitpunkt war bei etlichen, zumal bei den nach Deutschland zurückgekehrten Emigranten, eine gewisse Angst zu beobachten, dass das, was sie 1933 aus Deutschland vertrieben hatte, sich in anderer Form auf den Straßen wiederholen könnte. Gerade jüdische Intellektuelle warfen schon sehr früh die Frage auf, inwiefern dieser Bewegung ein totalitärer Zug eigne. Wenn man die Kader- und Gewaltpolitik namentlich dann in den 70er-Jahren betrachtet, dazu das Ganze Sektierertum, dann ist das auch nicht einfach von der Hand zu weisen.

Dennoch würde ich auch hier einen Unterschied machen zwischen der großen Masse derer, die 1967/68 auf die Straße gingen, und den relativ kleinen Gruppen, die dann in die Gewalt marschierten. Die breite Bewegung war auf etwas ganz anderes programmiert als auf irgendwelche totalitären oder neuautoritären Konzepte. Es ging ihr ja gerade um antiautoritäre Ziele, um Selbstbefreiung, um die Befreiung der Gesellschaft, um eine freiere Erziehung der Kinder. Das alles hat dann vielfach zu dem Vorwurf geführt, die 68er hätten sich einem unverantwortlichen Hedonismus hingegeben. Man kann aber die Revolte nicht des Totalitarismus zeihen, wenn man sie des Hedonismus überführen will – und umgekehrt.

Was waren aus Ihrer Sicht die politischen und gesellschaftlichen Fehleinschätzungen der 68er?

Frei: Vor allem war es die Überforderung des Einzelnen und die Selbstüberforderung, die Vorstellung einer „Totalpolitisierung“. Das berühmte: „Alles ist politisch“ ist letztlich ein inhumaner Satz. Das hält kein Mensch auf die Dauer aus. Der Satz mag seine Funktion haben für den Moment der Revolte. Aber im Grunde deutet er auf eine Überanstrengung von Vorstellungen hin, was eigentlich menschenmöglich ist und vielleicht auch, was menschenwürdig ist. Menschen wollen sich nicht permanent als politische Wesen begreifen – diese Bereitschaft vorauszusetzen, darin lag ein schwerer Irrtum der 68er.

„Der Grundgedanke, der ‚um 68‘ hinter allem stand, und die Richtung, in die alles strebte, hieß Befreiung – von Autoritäten und aus Abhängigkeiten, aus Konventionen und von Traditionen, von lästigen Pflichten und überkommenen Moralvorstellungen“, schreiben Sie in Ihrem Buch. Es ging um „mehr Demokratie, mehr Transparenz, mehr Partizipation“. Was ist – aus heutiger Sicht – daraus geworden?

Frei: 1968 in Deutschland lässt sich nicht hinreichend verstehen, wenn man nicht berücksichtigt, was sich damals weltweit tat und in welchen intensiven Austauschbeziehungen das alles stand. Insofern waren die Ereignisse hierzulande ein gutes Indiz dafür, dass die Bundesrepublik im Westen angekommen war, ohne dass wir daraus eine unlineare Erfolgsgeschichte schreiben sollten. Es wäre sicherlich zu kurz gegriffen, wollte man die gesellschaftliche Öffnung in Richtung Westen allein auf die Bewegung der 68er zurückführen. Entsprechende Entwicklungen zeichneten sich bereits seit den frühen 60er-Jahren ab. Was die Soziologen „Wertewandel“ nennen, war natürlich in der gesamten westlichen Welt zu

beobachten. Doch vieles, was sich das ganze Jahrzehnt hindurch anbahnte, wurde durch die 68er-Bewegung noch einmal beschleunigt, in bestimmten Bereichen auch übersteigert. Dass diese Übersteigerung trotz aller bitteren Erfahrungen mit der RAF am Ende vernünftig verarbeitet wurde, trug sicher dazu bei, Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik auf eine neue demokratische Reifeebene zu heben.

Der Berliner Sozialwissenschaftler und Künstler Bernd Guggenberger legt in seinem jetzt erschienenen Buch „1968. Was bleibt und bleiben sollte“ den Schwerpunkt auf das kulturhistorische Phänomen. Ohne die erhellenden Erfahrungen von 1968 könne man weder Peymanns Theater noch Wim Wenders Filmästhetik oder Sozialtypen wie „Punk“ verstehen. Der Geist jener Zeit des „großen Tumults“ wirke fort im zeitgenössischen Feminismus wie in den Attacken der Globalisierungsgegner und den punktgenauen Nadelstichen der Greenpeace-Aktivisten...

Frei: Die gesellschaftliche und kulturelle Bedeutung von dem, was um '68 geschah, was an kreativen Energien freigesetzt wurde, kann gar nicht überschätzt werden. Die Frauenbewegung ist einer der erfolgreichsten Ausgänge, die '68 genommen hat, wenn nicht überhaupt der erfolgreichste. Hinzu kommen die Ökologie- und die Friedensbewegung, schließlich die Partei der Grünen. Darüber hinaus hat die gesamte Kunst und Kultur in den mittleren 60er-Jahren eine ungeheure Befreiung und Explosion erlebt. Wir verknüpfen, auch wenn seine Anfänge früher lagen, wohl nicht zu unrecht jemanden wie Andy Warhol und seine „Factory“ doch mit dem, wofür die Chiffre 1968 steht. Auch die gleichsam globale Ästhetik, die damals entstand und sich in der Musik, im Tanz, im Theater in vielfältiger Weise manifestierte, wurde nicht mehr wieder rückgängig gemacht. Nehmen Sie nur in Berlin die Schaubühne am Halleschen Ufer, deren Anfänge 1962 liegen und deren Hauptwirkungszeit Ende der 60er-Jahre begann: Seitdem ist sie aus dem globalen Theatergeschäft nicht mehr wegzudenken.

Wenn Sie zu Beginn unseres Gesprächs die „unbewältigte NS-Vergangenheit“ als spezifisch deutschen Grund der 68er-Bewegung nannten, dann stellt sich das Fortwirken von '68 allerdings anders dar. Wie aufklärungs- und veränderungsresistent sich das Thema „Aufarbeitung der NS-Vergangenheit“ in der Praxis erwiesen hat, lässt sich daran erkennen, dass erst 50, 60 Jahre nach 1945 – und in einigen Fällen sogar erst in allerjüngster Zeit – damit begonnen wurde, sich mit der eigenen NS-Verstrickung zu befassen – nachdem so gut

wie alle NS-Verbrecher längst das Zeitliche verlassen haben: Das betrifft das BKA, den Verfassungsschutz, weite Teile der Justiz, der Wirtschaftsverbände und andere mehr...

Frei: Wenn man etwa an die Wissenschaft denkt, gerade auch an meine eigene, die Geschichtswissenschaft, gab es um 1968 herum durchaus erste Ansätze einer kritischen Beschäftigung. Sei es beispielsweise das Buch von Helmut Heiber über Walter Frank und sein Reichsinstitut für die Geschichte des neuen Deutschland oder auch die Fragen, die sich in Heidelberg Werner Conze gefallen lassen mußte. In der Tat dauerte es dann aber noch einmal weitere 30 Jahre, bis auf dem Frankfurter Historikertag 1998 das Thema erneut und sehr massiv wieder aufgegriffen wurde.

Die Bereitschaft von Institutionen, sich ihrer Vergangenheit und der Kontinuität über den Epochenbruch von 1945 hinaus zu stellen, wurde erst in den letzten 15 Jahren signifikant. Mit den Personenkontinuitäten beim BKA und dem Verfassungsschutz müßten natürlich auch entsprechende sachliche Kontinuitäten erforscht werden. In beiden Organisationen fand ganz offensichtlich eine gut funktionierende Apologie statt. Als der „Spiegel“ in den 50er-Jahren ein unpolitisches Bild des Reichskriminalpolizeiamtes zu zeichnen versuchte, geschah dies mit Unterstützung entsprechender, nunmehr in Bundesdiensten stehender Personen, die daran ein Interesse hatten. Hier wurde eine „unpolitische“ Vergangenheit der Kriminalpolizei während der NS-Ära konstruiert, die pure Erfindung war.

Inzwischen umfasst die Geschichte der kritischen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit bei allen problematischen Anfängen mehr als sechs Jahrzehnte. Im Vergleich zur NS-Zeit selbst ist das fünfmal so lang, und vor diesem Hintergrund sollten wir uns auch gelegentlich fragen, was wir schon wieder vergessen haben von dem, was eigentlich an kritischen Fragen schon vor zwei, drei Jahrzehnten aufgeworfen wurde.

Aber auch in anderen Bereichen ist die politische und gesellschaftliche Ausgangslage der Proteste von 1968 der heutigen Situation in der Bundesrepublik nicht ganz unähnlich. Ich nenne als Stichworte nur: umfassende Ausforschung der Bürger durch den Staat, rapider Anstieg der Rüstungsindustrie, massiver Export von Hochrüstungsgütern in Krisengebiete, wachsende Beteiligung an Kriegseinsätzen, drastische Reduzierung der Ausgaben für Sozialleistungen, Kinderarmut. Wie erklären Sie sich 40 Jahre nach 1968 die nahezu völlig ausbleibenden Proteste gegen diese Entwicklung?

Frei: Nachdem die 68er-Bewegung sich in den Institutionen der Bundesrepublik etabliert hatte – insbesondere in den Parlamenten in Gestalt der Grünen und in Teilen der Sozialdemokratie –, entfaltete sie interessanter- und vielleicht auch kurioserweise in der Zeit, die vordergründig die konservative Ära Kohl war, ihre größte Wirkungsmacht. Als sie danach dann bundespolitisch an die Macht gelangten, mussten die 68er vieles von dem, für das sie ursprünglich angetreten waren, wieder beiseite räumen. Allerdings muss man das vor dem Hintergrund einer weltpolitisch und geostrategisch grundlegend veränderten Konstellation sehen. Das Ende des Ost-West-Konflikts, die in den letzten Jahrzehnten weit fortgeschrittene europäische Integration und ihre Folgen, die Globalisierung: das alles sind alles Rahmendaten, die sich in vielerlei Hinsicht – und das keineswegs nur in Deutschland – nachhaltig bemerkbar machen. Sie führten dazu, dass die 68er von Zielen, die sie über lange Zeit vertraten, abrückten. Nehmen Sie nur die schwindende Wahrnehmung für die wachsenden Eingriffe in die Grund- und Freiheitsrechte, die Erosion des Datenschutzes und anderes mehr: vieles davon sind gesamteuropäische Entwicklungen, von denen sich Deutschland nun aber nicht mehr mit dem Hinweis auf seine „besondere Vergangenheit“ abzukoppeln sucht.

Wenn Rudi Dutschke 1968 erklärte: „Die Entwicklungen der Produktivkräfte haben einen Prozesspunkt erreicht, wo die Abschaffung von Hunger, Krieg und Herrschaft materiell möglich geworden ist“ und dass „alles vom bewussten Willen der Menschen“ abhängt, diesen Zustand zu ändern – Sie zitieren diesen Satz in Ihrem Buch –, dann scheint mir diese Aussage doch gerade jetzt von höchster Aktualität zu sein...

Frei: Aber natürlich. Ich beobachte auch, dass sich in der gegenwärtig jungen Generation das Interesse, das sie an '68 zeigt, genau an solchen Punkten festmacht. Zum Teil amüsieren die sich natürlich auch, wogegen die 68er-Bewegung noch glaubte anrennen zu müssen. Wenn ich aber andererseits NGOs wie Attac sehe, dann ist offensichtlich, dass bestimmte Motive des Protests wiederkehren.

Würden Sie von einer Entpolitisierung der heutigen Gesellschaft in Deutschland sprechen?

Frei: Das hängt davon ab, auf welche Gruppen wir schauen. Es wäre etwas zu einfach, analog zu 1968 nur wieder auf die Hochschüler zu blicken.

Sicherlich sind die weniger protestbereit als die Studenten von damals. Trotzdem wäre es falsch, sie für „unpolitisch“ zu halten. Das sind sie nicht. Aber die Schwelle ihrer politischen Erregungsbereitschaft liegt höher, und auch das Wissen darüber, dass '68 vieles für sie erledigt worden ist, führt zu einer gewissen Zurückhaltung gegenüber politischen Aktionen. Aber es gibt die Bereitschaft, sich für konkrete Projekte zu engagieren, in denen sich Ideen von 1968 spiegeln. Nur ist es nicht mehr wie seinerzeit das „große Ganze“, das verändert werden soll; es geht nicht mehr um Weltveränderung in toto. Vielmehr verschreibt man sich eher partiellen Anliegen, oft auch zeitlich befristet. Doch diese vielen kleineren Spezialbewegungen sind nicht weniger politisch motiviert als die Revolte von damals.

Aber wie viel 1968 ist noch in 2008? Was von den Ideen, Entwürfen, Zielen der 68er hat noch Chancen, unter den gegenwärtigen politischen Konstellationen zu überdauern?

Frei: In Dürrenmatts Drama „Die Physiker“ heißt es: „Was einmal gedacht wurde, kann nicht mehr zurückgenommen werden.“ Das gilt auch für die Gedanken und Ideen der 68er-Bewegung. Manches davon liegt wie in einem Dämmer Schlaf, ist vermeintlich nicht oder noch nicht wieder aktuell. Aber ich kann mir beispielsweise vorstellen, dass man sich an Motive und Argumente der 68er-Bewegung erinnern wird, wenn die Tendenzen zur Überwachung des Einzelnen, wenn die Kontrollansprüche des Staates weiter zunehmen.

Allerdings gibt es auch große Bereiche in unserer Gesellschaft, in denen die Veränderungen soweit fortgeschritten sind, dass Analogien kaum mehr greifen. Wenn wir etwa an Jürgen Habermas' „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ denken – ein seit den 60er-Jahren einflussreiches Buch –, dann hat sich das, was eigentlich die res publica ist, und die Art, wie sich Politik heute darstellt, seit 1968 dramatisch verändert. Hier bräuchte es ganz anderer Formen der Rückbesinnung und Erneuerung, wollte man mobilisierungsfähig werden. Eine neue Protestbewegung würde sich des Internets bedienen, das ist völlig klar. Weniger klar ist, ob sie dann noch in der Lage wäre, auch die Straße einzunehmen.

Professor Dr. Norbert Frei, 1955 in Frankfurt am Main geboren, studierte Neuere Geschichte, Politik- und Kommunikationswissenschaft in München. Von 1979 bis 1997 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte in München. Nach der Habilitation an der Universität

Bielefeld 1995 mit einer Studie über die „Vergangenheitspolitik“ in der Ära Adenauer, nahm er 1997 einen Ruf an die Ruhr-Universität Bochum an. Seit 2005 hat er den Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte an der Friedrich-Schiller-Universität Jena inne und leitet das „Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts“. 1985/86 war er Kennedy-Fellow an der Harvard University, 1995/96 Fellow am Wissenschaftskolleg zu Berlin, 2004 Fellow am Kulturwissenschaftlichen Institut Essen und 2007 Gastwissenschaftler am Hamburger Institut für Sozialforschung.

Zu seinen wichtigsten Buchveröffentlichungen gehören: „Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933 bis 1945“ (8. Auflage, München 2007), „Vergangenheitspolitik“ (2. Auflage München 2003), „Hitlers Eliten nach 1945“ (3. Auflage München 2007), „1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen“ (2. Auflage München 2005) und „1968. Jugendrevolte und globaler Protest“ (München 2008).

Eine kürzere Fassung dieses Gesprächs ist erschienen in: Universitas 63 (2008), S. 518-528.